



DEUTSCHE POLIZEIGEWERKSCHAFT – PDB

Landesverband Nordrhein-Westfalen

PDB · Grabenstraße 7 · 4000 Düsseldorf 1

An den
Präsidenten des Landtags
von Nordrhein-Westfalen
Haus des Landtags
4000 Düsseldorf 1

4000 Düsseldorf, den ²⁹ 10. 1987
Grabenstraße 7
Telefon: (02 11) 3258 40
Telex: 8584 564 pdb n
Bankverbindungen:
Sparda Bank Essen eG.
Konto- Nr. 516 666 (BLZ 360 60591)
Postgiroamt Essen
Konto-Nr. 1748 28-434 (BLZ 360 100 43)

Unser Zeichen 23.10
(bei Antwort bitte angeben)

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
10. WAHLPERIODE

ZUSCHRIFT
10/1493

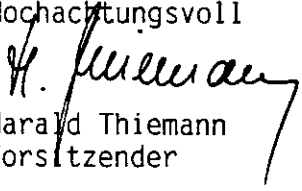
Betr.: Haushaltsberatungen 1988
hier: Stellungnahme der PDB zum Polizeishaushalt 1988

Anlage: - 150 - Abdrucke

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

anliegende Stellungnahme der DEUTSCHEN POLIZEIGEWERKSCHAFT-PDB über-
senden wir mit der Bitte, diese den Mitgliedern der beteiligten Aus-
schüsse zukommen zu lassen.

Hochachtungsvoll


Harald Thiemann
Vorsitzender

unabhängig, neutral, fair

Die Polizeigewerkschaft im Deutschen Beamtenbund

B/1

S t e l l u n g n a h m e
der
DEUTSCHEN POLIZEIGEWERKSCHAFT - PDB
zum Landeshaushalt 1988

Mit Schreiben vom 21.09.1987 haben wir unsere Forderungen zum Stellenplan der Polizei in den Landtag von Nordrhein-Westfalen eingebracht.

Der Landesverbandsausschuß der PDB NW hat am 20.10.1987 in Form einer EntschlieÙung auf die dringendsten Notwendigkeiten aufmerksam gemacht.

Nach Auswertung des von der Landesregierung vorgelegten Haushaltsentwurfs nehmen wir noch einmal schwerpunktmäßig Stellung:

Die Deutsche Polizeigewerkschaft-PDB erkennt an, daß

- ein weiterer Stellenabbau bei der Polizei nicht vorgesehen ist und damit Neueinstellungen in der Größenordnung des erwarteten Abgangs möglich werden,
- weitere Stellenumwandlungen aus dem mittleren in den gehobenen Dienst vorgesehen sind und daß
- das "2. Drittel" der sich aus den neuen Stellenplanobergrenzen ergebenden Beförderungsmöglichkeiten für den mittleren Dienst der Schutzpolizei vorgesehen ist.

Wir bekräftigen aber unsere Forderung nach Schaffung **neuer Stellen** für den Polizeibereich.

Unsere Auffassung, daß das vorhandene Personal nicht mehr ausreicht, wird letztendlich auch durch den Innenminister bestätigt, der sich in die Zwangslage versetzt sieht, durch immer neue Denkmodelle den Mangel verwalten zu müssen. Das gilt für die Verstärkung der Kriminalpolizei einerseits, als auch für die Versuche, das Personal der Schutzpolizei umzuschichten.

Wenn es auch zweifelsfrei nötig ist, von Zeit zu Zeit zu überprüfen, ob das vorhandene Personal der Polizei richtig verteilt ist, so ist ebenso klar erkennbar, daß die personellen Engpässe so nicht behoben werden können.

Die Personaldecke ist insgesamt zu kurz. Prävention und Bürger-
nähe bleiben auf der Strecke, die Arbeitsbelastung der Polizei
erreicht ein nicht mehr vertretbares Ausmaß. Dadurch wird die
Sicherheitslage insgesamt beeinträchtigt.

Nach Berechnungen der PDB fehlen in Nordrhein-Westfalen derzeit
mindestens 5 000 Polizeibeamte. Diese Lücke muß in den kommenden
Jahren dringend geschlossen werden. Aufgrund der Ausbildungs-
zeiten kann damit nicht gewartet werden.

**Deshalb fordern wir bereits für 1988 die Schaffung von 1 000
neuen Stellen im Polizeibereich.**

In dem Zusammenhang sei auch darauf hingewiesen, daß der
Personalkörper des Polizeivollzugsdienstes nur ca. 16 % aller
Beamten des Landes ausmacht.

Die leichte **Ausweitung des gehobenen Dienstes** ist ein Schritt in
die richtige Richtung, der aber bei weitem nicht ausreicht.

Den Veränderungen der polizeilichen Aufgabenstellung und An-
forderungen ist durch grundlegende Veränderungen in der Personal-
struktur Rechnung zu tragen.

Der gesamte Polizeidienst ist generell unterbewertet.
Eine neue Aufgabenanalyse, die wir seit langem fordern, kann
nicht mehr weiter verschoben werden.

Wenn die Polizei in unserer demokratischen Ordnung die politischste
aller Verwaltungen ist - so Innenminister Dr. Herbert Schnoor -,
dann sind dieser Erkenntnis auch die entsprechenden Bedingungen
zu schaffen; heute steht sie diametral zu den tatsächlichen Ver-
hältnissen. 86 % aller Schutzpolizeibeamten befinden sich im
mittleren Dienst, während der Anteil des mittleren Dienstes an
allen Beamten des Landes Nordrhein-Westfalen nur knapp 22 % be-
trägt!

Die Deutsche Polizeigewerkschaft-PDB bekräftigt deshalb erneut
ihre Auffassung, daß nur derjenige, der den Veränderungen der
polizeilichen Aufgabenstellung mit parallellaufenden Veränderungen
in der Personalstruktur begegnet, für sich in Anspruch nehmen kann,
eine sachgerechte und erfolgreiche Sicherheitspolitik zu betreiben.

**Besetzungssperren und Phasenbeschluß müssen endlich aufgehoben
werden.** Sie sind nicht nur ein ständiges Ärgernis, sondern wirken
demotivierend.

Sie sind in höchstem Maße ungerecht, da sie den Beschäftigten
ihre verdiente Entlohnung willkürlich vorenthalten.

Die Absicht der Landesregierung, die Besetzungssperren noch zeit-
lich auszudehnen, stößt deshalb auf unseren energischen Widerspruch.
**Die PDB erwartet vom Gesetzgeber, daß er diesem Vorhaben nicht zu-
stimmt.**

Zur Situation der lebensälteren Bewerber in der Polizei (sog. "Weyerlinge"):

Die ab 1965 eingestellten lebensälteren Polizeibeamten geraten ab 1988 - verstärkt ab 1989 - in die Sperrfrist nach dem Beamtenversorgungsgesetz, ohne daß ausreichend Planstellen nach Bes. Gr. A 9 plus Zulage zur Verfügung stehen, um einerseits sie mit diesem wohl verdienten Amt in den Ruhestand treten, andererseits die jüngeren, aber teilweise dienstälteren Kollegen nicht ungerechtfertigte Nachteile erleiden zu lassen.

Als Dienstherr steht das Land Nordrhein-Westfalen hier in einer konkreten **Fürsorgeverpflichtung**, bei der es nicht wortbrüchig werden darf.

Die seinerzeitigen Versprechen müssen eingehalten werden: Den Lebensälteren wurde versprochen - sie wurden förmlich damit zum Eintritt in den Staatsdienst gelockt -, daß sie keine Polizeibeamte "2. Klasse" werden, den Lebensjüngeren, daß sie durch diese Einstellungen keine Laufbahnnachteile erleiden.

Beide Gruppen genießen insoweit Vertrauensschutz, der sich jetzt bewähren muß.

Wir sehen nur einen Weg, den berechtigten Ansprüchen gerecht zu werden und fordern deshalb die zeitweise **Bereitstellung von zusätzlichen A 9 plus Zulage-Stellen in entsprechendem Umfang** unter Anbringung von "Kw-Vermerken".

Der Landtag darf diese Gesamtproblematik nicht unterbewerten und sich möglicherweise auf Rechts- oder Haushaltsstandpunkte zurückziehen.